

Anton Pelinka

ANTI-ISLAMISMUS IN ÖSTERREICH

Statement, 22 01 2019

Kurzfassung

Unabhängig von den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen dem aktuellen Anti-Islamismus und dem historischen und aktuellen Antisemitismus – und auch unabhängig von der Problematik der Verwendung des Begriffes „Rassismus“: Österreichs Gesellschaft und Politik werden derzeit von der politisch motivierten Aufschaukelung von Vorurteilen bestimmt, die Grundsätze eines säkularen Staates massiv verletzen. Am Beispiel des von der Bundesregierung geplanten Verbotes des Tragens von Kopftüchern in Schulen kann dies verdeutlicht werden:

Die Republik Österreich kann, im Rahmen des österreichischen, des europäischen und des universellen Grundrechtskatalogs, entweder für eine strikt säkulare Schule optieren, in der religiöse Symbole schlechthin verboten sind; oder Österreich kann, innerhalb bestimmter (etwa unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit formulierter) Grenzen, religiöse Symbole bzw. einer Religionsgemeinschaft zuzurechnende traditionelle Kleidung generell erlauben. Es ist aber eine elementare Verletzung des Grundrechtes der Religionsfreiheit, zu der auch die Gleichbehandlung aller (jedenfalls aller staatlich anerkannter) Religionsgemeinschaften zählt, bestimmte Formen der Kleidung zu verbieten, die eindeutig die Tradition einer bestimmten Konfession manifestieren.

Dass dies von der Bundesregierung offensiv geplant und von der parlamentarischen Opposition nicht grundsätzlich abgelehnt wird, wirft ein fatales Licht auf die Bereitschaft, elementare Grundfreiheiten zu respektieren – und diese zu verletzen, wenn es einem (noch dazu offensiv politisch geschürten) Vorurteil entspricht. Niemand kann behaupten, dass Kinder in Kindergärten und Volksschulen, die eine bestimmte Kopfbedeckung tragen, Österreichs Sicherheit gefährden. Die politische Kampagne, Kopftücher zu verbieten, ist die Folge einer politisch instrumentalisierten Hysterie, die sich gegen eine Minderheit richtet.